





IMPFWETTLAUF
 Von links: Spitzenbeamter Martin Auer, AstraZeneca-Chef Pascal Soriot, Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Unten: AstraZeneca-Forschungslabor



Risikokreativ

Die EU-Kommission verhandelt mit Pharma-Konzernen um Corona-Impfstoffe. Es geht um Milliarden Euro. Aber was, wenn mit den Präparaten etwas schiefgeht und Menschen zu Schaden kommen? Wer haftet dann?

VON JOSEPH GEPP

Knallvolle Auftragsbücher. Reichlich fließende staatliche Fördergelder. Produktionsanlagen, die nicht heiß genug laufen können. Auch das bringt die Corona-Krise des Jahres 2020. Zumindest für ein paar ausgewählte Branchen.

Für Hersteller medizinischer Ausrüstung, Produzenten von Impfstoffen und andere Unternehmen in der Pharma-Branche bedeutet diese Krise, rein geschäftlich betrachtet, eine goldene Zeit. Vor allem die Impfstoffhersteller können sich derzeit des Interesses an ihren Produkten kaum erwehren. Eine baldige Covid-19-Impfung könnte den Weg zur Rückkehr ins normale Leben ebnen. An ihrer massenhaften Verabreichung hängt die Hoffnung, Millionen Menschenleben zu retten und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse von vor der Krise rasch wiederherzustellen. Alle Welt will den Impfstoff. Die Frage ist nur: zu welchem Preis?

Dazu finden in Brüssel gerade hochrangige Verhandlungen statt. Die EU-Kommission, quasi die Regierung der Union unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, feilscht mit multinationalen Pharma-Unternehmen um Impfstoffankäufe. Es geht um fast 1,5 Milliarden Dosen für die Bürger der Union. Eines am heftigsten umstrittenen Themen in den

heiklen Verhandlungen: Wer haftet für potenziell schädliche Nebenwirkungen einer solchen Impfung?

Die Gespräche unterliegen strenger Geheimhaltung, aber eines lässt sich dennoch sagen – gut möglich, dass in diesem Fall letztlich der EU-Steuerzahler die Zeche zahlt.

Man weiß jedenfalls fast nichts über die heiklen EU-Impfstoff-Verhandlungen. Es wird nicht verraten, was in den Verträgen mit den Pharma-Konzernen steht, wie viel Geld an sie fließt und wie viel die Impfstoffe im Einzelnen pro Dosis kosten (siehe dazu unsere bisherige Berichterstattung, zuletzt in profil 39/2020).

Die EU-Kommission hat lediglich bekannt gegeben, dass bisher fast vier Milliarden Euro europäisches Steuergeld für die Ankäufe zur Verfügung stehen. Mit drei Konzernen wurden bereits Verträge unterschrieben: mit AstraZeneca (Schweden/Großbritannien), Sanofi-GSK (Frankreich/USA) und Johnson & Johnson (USA). Mit drei weiteren (Biontech-Pfizer, Curevac, Moderna) laufen noch Gespräche. Das Ziel all dessen: Sobald Impfstoffe zur Verfügung stehen, sollen sie an Brüssel geliefert und in die EU-Staaten verteilt werden. Noch gibt es sie nämlich nicht, die heißesten Kandidaten stecken erst in der Phase der behördlichen Zulassung durch die Europäische Arzneimittelagentur EMA. Nach erfolgreicher Zulassung sind etwa für Österreich in einer ersten Tranche sechs Millionen Dosen vorgesehen. Am Ende sollen alle EU-Staaten einen Anteil an sämtlichen zugelassenen Impfstoffen geliefert bekommen.

Die Gespräche wecken aber nicht nur Hoffnungen, sondern auch Sorgen. „Die Verhandlungsmacht der Pharma-Industrie ist so groß wie nie“, sagt Marcus Bachmann vom Wiener Büro der NGO „Ärzte ohne Grenzen“. „Weil alles hinter verschlossenen Türen stattfindet, gibt es keine Kontrollmöglichkeit. Wir befürchten, dass sich die Unternehmen Vorteile herausverhandeln, die nicht im Sinne der europäischen Patienten und Steuerzahler sind.“

Die Frage der zivilrechtlichen Haftungen ist dabei ein besonders heikler Aspekt. Normalerweise müssen Hersteller rechtlich geradestehen, falls jemand vor Gericht zieht, weil bei einem Medikament Produktionsfehler oder unerwartete Nebenwirkungen aufgetreten sind. Bei einer etwaigen Corona-Impfung jedoch soll das anders sein, fordern die Unternehmen. Die EU-Regierungen, also die Vertretungen der Steuerzahler, sollen die Haftungen übernehmen. Die Entwicklung der Covid-19-Impfstoffe sei anders als jene bei normalen Medikamenten, argumentieren die Konzerne. Zum Beispiel muss es besonders schnell gehen: Üblicherweise dauert die Entwicklung neuer Impfstoffe fünf bis zehn Jahre, nun soll gerade einmal ein Jahr reichen. Darüber hinaus müssen Hunderte Millionen Dosen der Stoffe produziert werden. All das bedeutet hohes Risiko für die Konzerne – und dieses, so die Forderung, mögen die Regierungen mittragen. „Wenn die Pharma-Industrie weiterhin an Technologien forschen soll, muss sie vor Haftungen geschützt werden“, sagte etwa Jean Stéphenne – Repräsentant des deutschen Biotechnologieunternehmens Curevac, welches mit der EU in Verhandlungen

„Geheimhaltung bringt keinen funktionierenden Markt hervor“

Markus Scholz, Professor an der Fachhochschule FH Wien der WKW, über die Grenzen marktwirtschaftlichen Gewinnstrebens und die Angst der Pharma-Konzerne vor einem Backlash.

profil: Herr Scholz, im Zusammenhang mit der Suche nach einem Corona-Impfstoff kursieren Forderungen von Politikern und Medizinern in aller Welt. Er soll

beispielsweise für Arme ebenso erschwinglich sein wie für Reiche; außerdem sollen Unternehmen möglichst keinen Profit mit ihm machen, damit er billig bleibt. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft dürfte die Erfüllung dieser Forderungen schwierig werden, oder nicht?

Scholz: Würde man beim Verkauf der Impfstoffe tatsächlich rein über den Preis gehen, wären die Ergebnisse hanebüchen ungerecht. Reiche Personen und reiche Länder wären bevorzugt und vice versa. Das hätte massive Konsequenzen für die soziale Konstitution der Welt. Die Reichen würden noch reicher, weil sie gesund bleiben und ihr normales Leben schnell-

„Die Pharma-Industrie hat derzeit eine genuin politische Mitverantwortung.“

steht – im September vor Abgeordneten des EU-Parlaments.

Die Haftungsfrage mag speziell klingen, sie ist aber immens wichtig, in finanzieller, ökonomischer und gesundheitlicher Hinsicht. Wenn Unternehmen wissen, dass sie voll haften, gehen sie verantwortungsvoller und sorgfältiger bei der Entwicklung ihrer Produkte vor, zeigen Beispiele aus unterschiedlichen Branchen. Außerdem verzerrt es den Markt, wenn der Steuerzahler Risiken wie Haftungen übernimmt,



WIRTSCHAFTSETHIKER
Markus Scholz leitet den Fachhochschulstudiengang „Business Ethics and Sustainable Strategy“.

ler wieder anläuft.

profil: Eben!

Scholz: Aber so einfach ist es nicht. Die Frage ist, verlangen die Unternehmen wirklich den Höchstpreis, einen reduzierten Preis oder sogar nur einen Selbstkostenpreis, der die Entwicklungs- und Produktionskosten abdeckt.

profil: Warum sollen gewinnorientierte Unternehmen lediglich einen Selbstkostenpreis verlangen? Sind Unternehmen im Interesse ihrer Aktionäre nicht sogar verpflichtet, möglichst Gewinn herauszuholen?

Scholz: Langsam – es ist eine Mär, dass Unternehmen gegenüber ihren Aktionären zur Gewinnmaximierung verpflichtet sind. Ihre Verantwortung gegenüber den Aktionären umfasst auch Bereiche wie nachhaltiges Investieren. Ein gutes Management muss Unternehmensziele austarieren können. Es muss wissen, wann es ratsam ist, sich als verlässlicher Partner von Politik und Gesellschaft zu erweisen. Wenn hingegen das Management allein auf maximalen Gewinn setzt, droht ein Backlash durch eben diese Politik und Gesellschaft. Dieser könnte etwa in Form eines Entzugs von Lizenzen daherkommen. Solche Erwägungen führen dazu, dass manche Pharma-Unternehmen in der Corona-Krise verkünden, Impf-

stoffe zum Selbstkostenpreis abzugeben.

profil: Trotzdem droht dieser Backlash. In mehreren Entwicklungsländern fordern Politiker und Intellektuelle eine sogenannte People's vaccine. Die Entwicklung und Verteilung von Impfstoffen soll demnach verstaatlicht werden.

Scholz: Ja, das kann man durchaus als Backlash interpretieren. Umso mehr hat die Pharma-Industrie derzeit eine genuin politische Mitverantwortung. Sie darf sich nicht nur als marktwirtschaftlicher Akteur begreifen. Dies auch deshalb, weil in der Impfstoffforschung – ob in Entwicklungsländern oder anderswo – viel staatliches Geld steckt. Der Steuerzahler beteiligt sich in Form von Forschungsförderung an den Kosten. Jetzt muss er auch an den Früchten der Arbeit beteiligt werden.

profil: Die Verhandlungen um Corona-Impfstoffe, etwa in der EU, bleiben überwiegend geheim. Was halten Sie davon?

Scholz: Gar nichts. Die Verhandlungen sollten maximal transparent sein. Geheimhaltung bringt keinen funktionierenden Markt hervor. Die Staaten müssen wissen, welche Leistung welchem Preis gegenübersteht, und das geht nur mit Transparenz. Als Vorbild könnte der Aktienmarkt mit seinen Offenlegungspflichten dienen.

weil das betroffene Unternehmen bessergestellt wäre als Konkurrenten. Schließlich würden Ausnahmen von der Haftung einen Präzedenzfall darstellen: Bei einer möglichen weiteren Pandemie – oder sonst einem Anlassfall, der die dringende Beschaffung neuentwickelter Medikamenten nötig macht – würden Konzerne erneut auf jene Zugeständnisse pochen, die schon einmal gemacht worden sind. Falls ein Schaden auftaucht, steht wieder der Steuerzahler gerade.

Aber kommt die EU nun den Konzernen in Sachen

Haftungen entgegen? Was lässt sich herausfinden über die Inhalte der geheimen Verhandlungen?

„Es gibt kein Entgegenkommen“, sagt Clemens Auer, Spitzenbeamter im österreichischen Gesundheitsministerium und zugleich Vorsitzender eines EU-Ausschusses, der die Brüsseler Impfstoff-Verhandlungen überwacht. „Die Pharma-Industrie wollte zwar eine Aufweichung der Regeln“, so Auer im profil-Gespräch (siehe auch profil 40/2020). „Aber das ist ein No-Go, eine rote Linie. Die Haftungsfrage bei Co-

vid-19-Impfstoffen ist streng nach den einschlägigen Bestimmungen des EU-Rechts und des nationalen Impfschadengesetzes geregelt.“

Auers Aussage deckt sich mit Statements der EU-Kommission. „Die Haftung liegt nach wie vor bei den Unternehmen“, liest man in den Aussendungen der Behörde regelmäßig. Damit könnte dieser Artikel auch schon beendet sein. Haftungsfrage gestellt, Haftungsfrage beantwortet. Allerdings erweist sich die Causa bei genauerem Blick als doch nicht so glasklar, wie die EU-Verantwortlichen es darstellen.

profil sprach mit Personen, die nahe an den Verhandlungen dran sind. Unter Zusicherung von Anonymität schildern sie, wie es wirklich um das Thema der Haftungen bestellt ist. Demnach stimmt es zwar, dass die EU keine Haftungen für Unternehmen übernimmt. Wohl aber zahlt sie unter bestimmten Bedingungen Entschädigungen an Konzerne. Heißt: Die Unternehmen haften zwar pro forma selbst, bekommen aber im Fall eines Rechtsstreits mitunter Kosten von der EU ersetzt. Wenn man so will, haftet der Steuerzahler also nicht direkt, aber indirekt.

Diese Entschädigungslösung hat den Vorteil, dass sie mit geltenden Gesetzen vereinbar ist. Würde die EU tatsächlich offiziell Haftungen übernehmen, müsste man EU-Recht ändern. Entschädigungen hingegen lassen sich in den Verträgen individuell für den Fall der Covid-Impfung festschreiben, ohne dass sie deshalb gleich allgemeine Gültigkeit haben müssen.

Laut den profil vorliegenden Informationen fließen die Entschädigungszahlungen im Fall sogenannter *hidden defects*. Das sind seltene und unerwartete Nebenwirkungen bei Impfungen, die (falls die Betroffenen klagen) hohe Gerichtskosten und noch höhere Kompensationszahlungen an geschädigte Patienten nach sich ziehen können. Aus welchem Budget genau die etwaigen Entschädigungen beglichen werden, bleibt ein Geheimnis. Vermutlich werden die Gelder aus demselben Topf kommen, der schon heute angezapft wird, um die Impfstoffankäufe zu finanzieren: das „Emergency Support Instrument“ (ESI), ein Sonderbudget des EU-Budgets für Notfälle.

Ein weiterer Punkt: Ausmaß und Bedingungen der Entschädigungen sind nicht für alle Unternehmen gleich. Einige bekommen großzügigere Zugeständnisse als andere. „Ein ganzes Paket an Bedingungen spielt da mit hinein“, sagt jemand, der die Verhandlungen kennt. Es gibt beispielsweise Unternehmen, die stärker auf Entschädigungsregeln drängen als andere, weil sie in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit Zivilklagen gemacht haben.

Überdies spielt der Preis der Impfstoffe eine Rolle. Einige Konzerne bieten ihr Produkt billiger an als andere. Sie dürfen im Gegenzug mit mehr Entgegenkommen bei Entschädigungen rechnen.

Ein Beispiel ist das schwedisch-britische Unternehmen AstraZeneca. Dessen Vorstandschef Pascal Soriot hat vergangenen Sommer angekündigt, dass die AstraZeneca-Impfdosen eher billig sein werden. Solange die Pandemie andauere, werde AstraZeneca den Impfstoff „zum Selbstkostenpreis“ anbieten, sagte Soriot. Das Unternehmen will also keinen Gewinn damit machen, sondern lediglich seine Produktions-

„Weil alles hinter verschlossenen Türen stattfindet, gibt es keine Kontrollmöglichkeit.“

Marcus Bachmann, Ärzte ohne Grenzen

„Die Haftung liegt nach wie vor bei den Unternehmen.“

EU-Kommission

kosten abdecken. Laut Soriot wird eine Dosis AstraZeneca-Impfstoff rund 2,50 Euro kosten.

Demgegenüber dürfte der Preis bei anderen Anbietern höher ausfallen. Beim US-französischen Konsortium Sanofi-GSK etwa kostet der Stoff pro Dosis rund zehn Euro, berichtete die US-Nachrichtenagentur Reuters auf Basis anonymer Quellen.

Entlang solcher Preisgestaltungen orientieren sich die möglichen Entschädigungszahlungen, sagen Insider gegenüber profil. AstraZeneca bekommt sie demnach in höherem Maß zugestanden als etwa Sanofi-GSK. Die EU-Kommission betreibt offenbar eine Art Abtausch. Wer mit dem Preis hinuntergeht, darf dafür unter ein finanzielles Schild schlüpfen, das vor teuren Klagen und Kompensationsforderungen schützt.

Doch wie vorteilhaft sind die Deals letztlich? Rechtfertigt der Preisrabatt die Großzügigkeit bei Entschädigungen? Um Antworten zu bekommen, müsste man wissen, wie viel für die Pharma-Konzerne die exakten Produktionskosten je Dosis betragen. Doch diese Zahlen kennt nur ein einziger Akteur: das Unternehmen selbst.

AstraZeneca beispielsweise hat zwar zugesichert, mit der Covid-Impfung kein Geld zu verdienen, solange die Pandemie andauert. Doch an diesem Versprechen gibt es einen Haken, enthüllte kürzlich die „Financial Times“. Demnach setzt das Unternehmen laut Verträgen mit Partnerfirmen das Ende der Pandemie bereits mit Juli 2021 an – unabhängig davon, wie schlimm die Pandemie dann in Wahrheit noch wüten wird. AstraZeneca kann sich also ab Juli 2021 weiterhin an sein Versprechen vom Selbstkostenpreis gebunden fühlen. Oder auch nicht.

Als Fazit all dessen bleibt, dass Pharma-Unternehmen Privilegien eingeräumt und Entschädigungen zugesichert werden. Dabei kommt kein einheitliches System zum Einsatz, sondern individuell zugeschnittene Lösungen je Vertragspartner. All das streng geheim. Welche Zugeständnisse mit welchen Unternehmen aus welchen Gründen vereinbart werden, weiß man nicht. Wie so vieles bei den EU-Impfstoffverhandlungen.

Am Ende bleibt nur die Hoffnung. Dass die EU-Verhandler genau darauf achten, welche Zugeständnisse sie den Konzernen machen. Dass sie kritisch prüfen, unter welchen Bedingungen die Steuermilliarden fließen. Und dass sie sich von mächtigen Pharma-Unternehmen und ihren Heerschaaren an Juristen und Lobbyisten nicht übervorteilen lassen. Selbst wenn da draußen die Pandemie zur Eile antreibt.

Die Steuerzahler müssen den EU-Verhandlern vertrauen, denn kontrollieren lassen sie sich nicht. ■

profil-Wirtschaftsredakteur Joseph Gepp recherchiert schon länger an den Details der geheimen EU-Impfstoffverhandlungen mit Pharma-Konzernen. Bisherige Artikel befassten sich mit der Intransparenz der Gespräche (profil 39/2020); in einem Interview kam zudem Clemens Auer zu Wort, Spitzenbeamter im Wiener Gesundheitsministerium (40/2020). Fortsetzung folgt.